



Zahl der Straftaten sinkt um zehn Prozent

Die Zahl der in Deutschland registrierten Straftaten ist im vergangenen Jahr um fast zehn Prozent gesunken. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2017 hervor.

Es ist der stärkste Rückgang seit fast 25 Jahren. Die genaue Übersicht wird das Bundesinnenministerium Anfang Mai in Berlin vorstellen. Aber schon jetzt ist klar: Die Statistik weist für 2017 insgesamt 5,76 Millionen Straftaten aus. Das entspricht gegenüber 2016 einem Rückgang von fast 10 Prozent. Der Rückgang der Fallzahlen sind für die Union kein Ruhekitzchen, sondern Ansporn. Dass die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die Innere Sicherheit zu einem Investitionsschwerpunkt im Bundeshaushalt gemacht hat, zahlt sich aus. Für die CDU/CSU ist die Wahrung der inneren Sicherheit eine zentrale Aufgabe der Politik. Sicherheit und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden, denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Jeder hat das Recht auf Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Das gilt für den öffentlichen Raum genauso wie für die eigenen vier Wände. Auch wenn Deutschland nach wie vor zu den sichersten Ländern der Welt gehört, gibt es immer wieder neue Bedrohungen, auf die der Staat reagieren muss. Dazu zählen derzeit vor allem der islamistische Terrorismus und die organisierte Kriminalität.

Die Statistik für 2017 zeigt vor allem, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche um 23 Prozent zurückgegangen ist. In Nordrhein-Westfalen sogar um 25,7 Prozent. Hier zeigen die in der letzten Wahlperiode ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität ihre Wirkung. Zu den Maßnahmen gehört z.B. das KfW-Programm zur Einbruchsprävention, die härtere Bestrafung des Einbruchsdiebstahls und zusätzliche Ermittlungsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden.

Kein Steuergeld für rechtsextreme NPD

Nach dem Bundesrat will nun auch die Bundesregierung die rechtsextremistische NPD generell von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen. Damit soll vermieden werden, dass eine Partei, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft, Leistungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhält.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2017 einen zweiten NPD-Verbotsantrag des Bundesrats abgewiesen, die Partei aber zugleich als verfassungsfeindlich eingestuft. Außerdem hatten die Richter auf die Möglichkeit hingewiesen, die Voraussetzungen für den Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung zu ändern. Daraufhin können verfassungsfeindliche Parteien von der Finanzierung ausgeschlossen werden. Dies will das Bundeskabinett nun in Bezug auf die NPD beantragen.

Die Unionsfraktion hält das für ein richtiges Signal und tritt für den Antrag ein. Die CDU/CSU möchte zeitnah einen solchen Antrag im Parlament verabschieden. Die Partei wird zur Zeit mit rund einer Million Euro im Jahr aus Steuermitteln unterstützt, die nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus ist. Ebenso will die Union damit ein klares Signal an die jüdische Gemeinde geben. Jeder Cent, den die NPD von staatlicher Seite erhält, ist für die Union einer zu viel.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



am heutigen Donnerstag haben wir im Bundestag den 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels gewürdigt. Das unfassbare Leid der Juden in unserem Land und Europa und die Gründungsgeschichte des Staates Israel verbinden unsere Länder auf besondere Weise. Deswegen tragen wir eine große Verantwortung für das Existenzrecht Israels und den entschlossenen Kampf gegen Antisemitismus.

Wir stellen uns klar gegen die jüdenfeindlichen Vorfälle wie jüngst in Berlin, an Schulen und an allen anderen Orten unseres Landes. Die gestrigen Solidaritätskundgebungen haben gezeigt, dass es eine breite Ablehnung in der Gesellschaft von Antisemitismus gibt. In Deutschland müssen sich alle an unsere Werte halten. Zu diesen Werten gehört auch das jüdische Leben. Wer dies ablehnt, ist nicht Teil unserer Gesellschaft.

Die Verleihung des „Echos“ an Künstler, die den Holocaust in ihren Musiktexten verharmlosen, war falsch. Ob Fehler immer gleich zur Abschaffung der betroffenen Institution, die sie gemacht hat, führen müssen, denke ich zwar nicht. Aber auch im Lichte der Kunstfreiheit sind eben menschenverachtende Diffamierungen oder gar antisemitische Ausfälle nicht zu rechtfertigen. Dass auch die Musikwirtschaft in diesem Sinne nun grundlegend umdenkt ist sehr zu begrüßen.

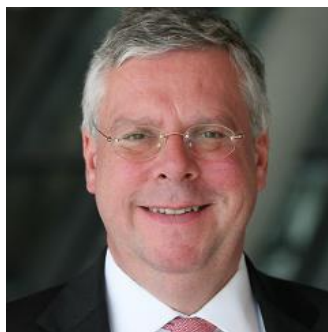
Wir werden den Antisemitismus mit der vollen Härte des Rechtsstaates entgegenwirken und die Bildungs- und die Integrationsarbeit stärker auf die Vorbeugung ausrichten. Allerdings müssen wir in diesem Zusammenhang auch über eine bessere Kontrolle von auffälligen Moscheen sprechen und auch die muslimischen Verbände in Deutschland stärker bei dem Thema in die Verantwortung nehmen.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon

Solingen ist nicht der Ort für türkischen Wahlkampf



Zur Absicht des türkischen Außenministers Cavusoglu, am 29. Mai, dem Tag des Gedenkens an den Brandanschlag auf die Familie Genç in Solingen, dort öffentlich zu sprechen, erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:

„Das jährliche Gedenken an die Opfer des feigen, ausländerfeindlichen Brandanschlags auf die türkische Familie Genç ist stets ein Augenblick des Innehaltens, der Besinnung und des Respekts gegenüber den fünf getöteten Familienmitgliedern und ihren Angehörigen. Familie Genç lebt nach wie vor in Solingen. Die Mutter Mevlüde Genç war 2012 Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten.

Nach allem was damals geschah, ist das gewachsene Vertrauen zwischen Türken und Deutschen in Solingen ein großes Geschenk. Diese Haltung sollte auch am 25. Jahrestag des Anschlags das Gedenken prägen.

Die Stadt Solingen hat für den 29. Mai eine würdige, nachdenkliche Form des Gedenkens vorgesehen. Es wäre sehr schade, wenn das Ereignis von innertürkischen Auseinandersetzungen überschattet und der Frieden des Augenblicks gestört würde. Ich appelliere an alle Beteiligten, auch an die Vertreter der türkischen Regierung, in diesem Geiste dort aufzutreten. Für türkischen Wahlkampf ist am 29. Mai in Solingen kein Platz.“

Foto: Katja-Julia Fischer

Konjunktur-Lokomotive weiter unter Volldampf

Nicht auf der positiven Entwicklung ausruhen



Am gestrigen Mittwoch hat die Bundesregierung ihre Projektion der Wirtschaftsentwicklung vorgestellt. Für die deutsche Wirtschaft erwartet sie ein Wachstum von 2,3 Prozent im Jahr 2018 und von 2,1 Prozent im folgenden Jahr. Hierzu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Carsten Linnemann MdB:

Die gute Wirtschaftsprognose sollte uns Ansporn sein, jetzt auch die Zukunftsaufgaben beherzt anzugehen.

Bei prognostizierten Stellenzuwächsen und gleichzeitigem Rückgang der Arbeitslosenquote besteht kein Grund, weiterhin Milliardenbeträge in der Arbeitslosenversicherung zu horten. Wir erwarten, dass die Beiträge schnellstmöglich gesenkt werden, und zwar mindestens um die im Koalitionsvertrag vereinbarten 0,3 Prozentpunkte. Angesichts der guten Konjunktur können wir sogar auf 0,5 Prozentpunkte gehen.

Zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung ist und bleibt der Fachkräftemangel, insbesondere im Mittelstand. Deshalb ist ein weiteres wichtiges Ziel, dass wir zu einer Aufwertung der dualen Ausbildung und des Meisterbriefs kommen. Gut ausgebildete Fachkräfte sind das Fundament unseres Wachstums. Wir werden aber angesichts des demografischen Wandels auch auf gesteuerte Zuwanderung angewiesen sein. Deshalb gehört auch das Fachkräftezuwanderungsgesetz zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten.“

Und trotz eines weiterhin starken weltweiten Wirtschaftswachstums, bestehen erhebliche Risiken für die globale Konjunktur: Der Brexit, protektionistische Tendenzen in der Welt oder der gegenwärtige Handelskonflikt zwischen den USA und China können den Wachstumsmotor schnell abwürgen. Deutschland als führende Exportnation ist in besonderem Maße auf offene Märkte und freien Handel angewiesen. Daher gilt es, gemeinsam mit anderen Ländern eine Koalition der Willigen für Freihandel und gegen den zunehmenden Protektionismus in der Welt – aber auch in Europa – zu bilden.

Foto: Thorsten Schneider

Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2018,
26. April 2018

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck